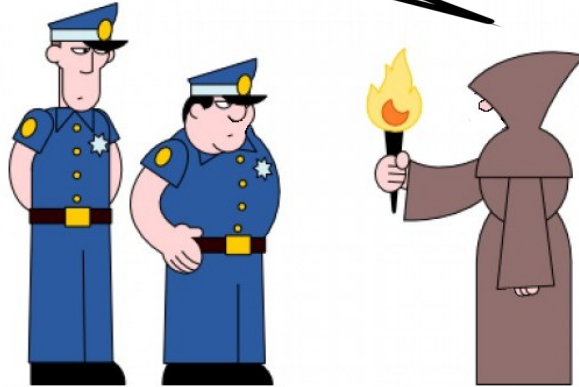


Neulich auf Erden...

Was soll das heißen, ich darf keine Ketzer verbrennen?! Und was ist mit meiner Religionsfreiheit??



Nach Andrés Diplotti



„Nachbeten ist ein Schmähwort - Nachdenken nicht.“

(K.H. Deschner)

Lichtblicke

Nachfolgezeitschrift des „Freiprotestant“ der **FREIEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT** **ALZEY, K.d.ö.R.**

(Humanistische Gemeinde Freier Protestanten staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft)

Redaktion: Pfr. Stephan Kalk, M.A.
Gemeindeamt: Freie Religionsgemeinschaft,
Am Rabenstein 14, 55232 Alzey, Tel: (06731) 2591
www.freie-religionsgemein.de
mail@freie-religionsgemein.de

Spendenkonto der Gemeinde:
KSK Worms-Alzey-Ried
BIC: MALADE51WOR
IBAN: DE09553500100003069631



Lichtblicke

2015/1
21. Jhrg.

Zeitschrift für Freiheit, Vernunft und Toleranz in der Religion

Von der Freiheit der Meinung und von der Freiheit der Religion

„Die Gedanken sind frei“, heißt es in dem noch gar nicht so alten Volkslied eines anonymen Dichters, von dem eine frühe Fassung als 6. in „Sieben sehr schöne neue Lieder. Ganz neu gedruckt“ in den Jahren um 1800 als fliegendes Blatt in von Arnims Sammlung erschienen war¹, und das in den späteren Jahren des Vormärz und der 1848er Revolution wohl den Höhepunkt seiner Popularität erreichte. Denn die Freiheit, seine Gedanken nicht nur „denken“, sondern eben auch frei und öffentlich äußern zu dürfen, seine Gedanken also auch in öffentlicher Rede und in unzensur-

tem Druck verbreiten zu können, das war eine Hauptforderung der demokratischen Revolutionäre von 1848/49 und wurde von der Frankfurter Nationalversammlung auch in der Paulskirchenverfassung festgeschrieben. Diese Verfassung wurde allerdings niemals zur Gesetzeswirklichkeit, und in der Verfassung des Kaiserreiches von 1871 war schließlich von Meinungs-, oder gar Pressefreiheit keine Rede mehr.

Von da aus war es noch ein langer Weg bis hin zur Meinungsfreiheit im Artikel 5 des Grundgesetzes und Artikel 11 der Charta

der Grundrechte der Europäischen Union... eben nicht nur um den ausgefallenen Braun-

Das zu den Menschenrechten gehörende Recht auf freie Meinungsäußerung (und die sich daraus ableitende Pressefreiheit) ist nicht nur als ein eigenständiger Wert und als ein unveräußerbares Gut zu achten – sie gehört auch zu den notwendigen Voraussetzungen für die Demokratie als solche, d.h.: Wer die Freiheit in Wort und Rede einschränkt, behindert und schädigt damit gleichzeitig die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft.

Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, welchen Schaden die terroristischen Anschläge fanatischer und fundamentalistischer „Anhänger des Propheten“ angerichtet haben mit ihren grausamen Anschlägen in Frankreich und in Dänemark. Dabei geht es

ausgefallenen Braunschweiger Fassnachtsumzug und um die Mainzer Entscheidungen, auf gewisse Motivwagen lieber zu verzichten, sondern um die Tatsache, dass hier tatsächlich Menschen durch die Ausübung und durch die Androhung von roher Gewalt daran gehindert werden, ihre Meinung kundzutun.

Ja, es stimmt: Das Recht auf eine freie Meinungsäußerung zu haben, heißt nicht es ausüben zu *müssen* – aber, genauso gut gilt auch: Aus *falscher* Rücksichtnahme auf die angeblich religiösen Gefühle anderer seine Meinung von vornherein lieber für sich behalten zu müssen, das ist eben keine Meinungsfreiheit mehr! Und deshalb ist nichts davon zu halten, wenn Kirchenvertreter (und nicht zuletzt der Papst!) den Standpunkt

die sündhafte Nachbildung eines menschlichen Wesens und das sei gemäß der streng konservativen Interpretation (Wahhabismus) in Saudi-Arabien verboten.“

Zwar bleiben derlei Kuriositäten erfreulicherweise auch unter Muslimen nicht ohne Widerspruch. So bemerkte ein Kommentator im Internet: „Möge Gott uns solche Gelehrten erhalten, die sich Gedanken über Dinge machen, über die nicht einmal der Teufel nachdenkt.“

Bedauerlich und bedenkenswert ist allerdings, dass dieser Kommentar wohl aus Sorge vor unliebsamen Reaktionen vorsichtshalber nur anonym ins Internet gestellt worden ist. In der Welt wurde der Vorgang folgendermaßen kommentiert:

„Die Machteliten lassen Erneuerung, eine dringend erforderliche religiöse Reformation oder gesellschaftliche Runderneuerung nicht zu, weil sie alles verlieren würden, was sie widerrechtlich über Dekaden ihren Völkern gestoh-

len haben. Die modern-moderaten Kräfte und solche, die den Islam an die Moderne assimilieren wollen (was möglich wäre) sind zu schwach, um notwendige politische, wirtschaftliche und religiöse Reformen herbeizuführen und dann dem westlich orientierten Lebensmodell auf Augenhöhe begegnen zu können.

Die eingebildete Furcht vor westlicher "Infiltration" hat die arabische Zivilisation paralyisiert, sie steht im intellektuellen Abseits, ist auf die Konfrontation mit der Globalisierung nicht vorbereitet und so nicht konkurrenzfähig.“

(<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article136478961/Die-Komplexe-hinter-dem-islamischen-Groessenwahn.html> - 21.01.2015)

Islamische Fatwa Verbietet Schneemann?!

Eine islamische Fatwa ist eine auf die Anfrage von Gläubigen von einer religiösen Autorität erstellte Rechtsauskunft, die dazu dienen soll, unter den Gläubigen aufgetretene Probleme in religiöser oder rechtlicher Hinsicht zu klären. Je nach Autoritätsgrad, Glaubensrichtung und persönlicher Auffassung des Ausstellenden genießt seine Auskunft eine mehr oder weniger starke Anerkennung.

Nicht immer jedoch ist die ausstellende Instanz eine aufgeschlossene oder gar fortschrittlich denkende Person; und so kommt es, dass manche Fatwa weniger zur Erhellung als zur Verdunkelung der Verhältnisse beiträgt. So hat beispielsweise Scheich Mohammed Saleh al-Munadschid allen Ernstes den „Tod von Micky Maus“ gefordert, weil sie ein „Soldat des Teufels“ sei, während der Großmufti Scheich Ibn Baaz noch im Jahr 2000 er-

klärte, „*dass die Erde eine Scheibe sei und von der Sonne umrundet werde. Satellitenbilder, die das Gegenteil zu beweisen vorgeben, seien eine "westliche Konspiration gegen die islamische Welt".*“

Nur vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, was sich unlängst in Saudi-Arabien ereignete, wo der o.g. Munadschid (das ist der mit der Micky Maus) residiert: In der Provinz Tabuk war es an der saudi-arabisch - jordanischen Grenze zu einem seltenen Ereignis gekommen: Es hatte geschneit. Und nun hatte sich ein besorgter Vater an den Scheich gewandt, um klären zu lassen, ob er mit seinem Sohn einen Schneemann bauen dürfe.

„Zum Erstaunen nicht weniger Saudi-Araber antwortete der Scheich: "Nein, das ist nicht erlaubt, weil das die Ungläubigen imitiert und Lüsternheit und Erotik befördert." Das Bauen eines Schneemannes sei

... von der Freiheit der Meinung ...

vertreten, man müsse die religiösen Gefühle anderer eben respektieren, um deren verletzte Überreaktion zu vermeiden... man müsse gezwungen sich stimmte Zeitschriften zu kaufen und diese auch zu lesen, bzw. deren Bilder zu betrachten.

Hier wird, wie so oft (in dieser Disziplin haben Theologen große Erfahrung), das Argument unzulässig verdreht, die Beweis- (bzw. Schuld-)last dem Gegenüber aufgebürdet und damit Ursache und Wirkung vertauscht.

Tatsächlich ist es nämlich doch gar nicht so, dass durch die Pressefreiheit und die damit einhergehende Erlaubnis zur Veröffentlichung auch von (zugegebenermaßen nicht immer geschmack- und niveauvollen) Scherzen, Satiren und Karikaturen irgendjemand in seinen Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt wird, denn es wird schließlich niemand dazu

Die Meinungsfreiheit jedenfalls ist ein hohes Gut, als dass man sie vorsichtshalber auf dem Altar der Scheinheiligkeit krimineller Subjekte opfern dürfte. Statt dessen wäre mit Fug und Recht zu fordern, dass sich viel mehr islamische Organisationen und Verbände von der Vereinnahmung ihrer Religion durch Terroristen deutlich distanzieren, so wie es beispielsweise die Muslime der Stadt Alzey am 16. Januar mit ihrer Mahnwache vor der Alzeyer Zeitung getan haben.

¹<http://www.volksliederarchiv.de/text5501.html>

Papst Franz zum Faustrecht in der Religion

Ob es neben dem Grundrecht auf Religionsfreiheit denn auch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, (die ja auch ein Grundrecht ist,) gäbe, war der Papst in Hinblick auf die Pariser Attentate von einem französischen Journalisten gefragt worden. Und obwohl er sich gegen jede Form von Gewalt aussprach, ließ er sich zu der Bemerkung hinreißen, wenn jemand (z.B. der gerade neben ihm stehende päpstliche Reisemarschall Alberto Gasbarri) seine Mutter beleidige, dann bekäme er es mit seiner Faust zu tun.

Zwar „stimmt ... es, dass man nicht mit Gewalt reagieren darf“, wer jedoch gewisse Grenzen überschreite, der müsse mit ihr rechnen, „das ist normal.“ Und in Bezug auf die Religion meinte er: „Man darf

sich über den Glauben nicht lustig machen, ... Die machen sich lustig. Das heißt, man macht Religion zum Spiel. Sie provozieren, da gibt es eine Grenze.“¹

Hoppla, Papst Franz, die Grenze überschreitet doch wohl eindeutig derjenige, der seinem Gegenüber Gewalt antut, ob man sich nun vorher über ihn (oder seine Religion oder seine Mutter...) lustig gemacht hat, oder nicht. Derlei Dinge mögen dem Psychologen ein gewisses Verständnis für den Täter liefern, machen die Gewalttat aber deswegen nicht im moralischen Sinne entschuldigbar oder gar weniger justiziabel...

¹www.br.de/nachrichten/tagesschau/papst-satire-tagesschau-100.html - 16.01.2015

„Uns erstaunt das, was da gerade passiert. Aber wir müssen auch an unsere eigene Geschichte denken. Wie viele Religionskriege haben wir gehabt!“
[Papst Franz]

Versicherung verbietet Jesus-Aufkleber auf Auto

Weil Wena Parry, eine Geistliche aus Cymmer in Neath Port Talbot (Wales), religiöse Aufkleber auf ihrem Auto hatte, wurde ihr von ihrer KFZ-Versicherung mit dem Verlust des Versicherungsschutzes gedroht.

„Die Sticker, auf denen es „Christus für mich“ und „Christus muss der Erlöser sein“ heißt, könnten als „Änderungen“ betrachtet werden und zur Ungültigkeit der Police führen.“

Ob die Versicherung dies aus Sorge darum tut, die Aufschriften könnten als Provokation verstanden und zum Anlass von Vandalismus werden, ist nicht bekannt. Immerhin war sie erst dadurch auf die Sticker aufmerksam geworden, dass Parry Fotos eingeschickt hatte, um damit den Diebstahl von Autoteilen zu belegen.

Die 75-jährige Geistliche fühlt sich nun von ihrer Versicherung wegen ihres Glaubens diskriminiert.

Sie selbst wolle jedenfalls „jede Gelegenheit nutzen, den Leuten von Jesus zu erzählen“ und ist davon überzeugt, dass ihre Autoaufkleber hilfreich dabei seien, „die Botschaft des Evangeliums zu verbreiten.“

Über den Fall wurde unter anderem auch von der BBC berichtet.

(http://www.focus.de/finanzen/versicherungen/kfz-versicherung/geistliche-fuehlt-sich-diskriminiert-kfz-versicherung-droht-mit-kuendigung-wegen-jesus-aufklebern_id_4449388.html) - (3.2.2015)

... Rede des Bundespräsidenten

wieder hören wollen. Und es ist nicht allein Sache der Juden, sich dagegen zu wehren, es ist unser aller Sache. Wir stellen uns jeder Art von Dämonisierung und Ausgrenzung entgegen. Die Politik, indem sie entschlossen und besonnen reagiert. Bürgerinnen und Bürger, indem sie sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft stark machen. Wir alle zeigen Gesicht! Und wir wissen: Vielfalt braucht Begegnung. Die Distanz zwischen Einwanderern und Einheimischen, die Distanz auch zwischen Eingewanderten unterschiedlicher Herkunft wird noch zu selten überwunden. So, wie wir heute hier zusammenstehen, so wünsche ich mir die gesamte Gesellschaft. Lassen Sie uns die Begegnung der Verschiedenen bewusst suchen. Und zwar weil wir wissen, dass wir aufgrund einer gemeinsamen Verfassung und gemeinsamer Werte zusammengehören. Dann wächst Vertrauen, das wir so nötig brauchen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir lassen uns nicht auseinander dividieren.

Jeder und jede nehme sich selbst in die Pflicht, ein jeder an seinem Platz, ein jeder auf seine Art: – Politiker, indem sie Entschlossenheit mit Besonnenheit verbinden – Journalisten, indem sie ihre Freiheit nutzen und verantwortungsvoll berichten – Gläubige, indem sie ihren eigenen Überzeugungen folgen, ohne die säkulare Ordnung zu verachten – Bürgerinnen und Bürger, indem sie Demokratie leben – mit Mut, Freude und Engagement. Wir alle sind Deutschland! WIR, die Demokraten mit unseren so verschiedenen politischen, kulturellen und religiösen Prägungen. WIR, die wir uns achten und uns brauchen. WIR, die wir uns zutrauen, ein Leben zu gestalten, wie wir es uns alle wünschen: in Einigkeit und Recht und Freiheit.“ (dts Nachrichtenagentur)

(http://www.polenum.com/politik_energie_umwelt_meinung/reden-des-bundespraesident-bei-der-mahnwache-gegen-den-terror-im-wortlaut/ - 13.01.2015)

Aleviten fordern Gleichberechtigung in der Türkei

Die Aleviten (von arabisch: „alawi“ = Nachkommen von Ali, dem 4. Kalifen¹) werden einerseits den Schiiten zugeordnet - andererseits als eine eigene islamische Religionsgemeinschaft mit einer selbstständigen teils auch außer-islamischen Tradition. Die Scharia, das islamische Rechtssystem, spielt in der Religion der Aleviten keine Rolle. In der Türkei stellen die Aleviten mit ca. 10 % der Einwohner die größte religiöse Minderheit dar. Vom türkischen Staat werden ihre Versammlungshallen nicht als Gotteshäuser anerkannt und sind damit den Moscheen nicht gleichgestellt. Anfang Februar hatten sich Tausende Aleviten in Istanbul versammelt, um für die Aufrechterhaltung der Trennung von Kirche und Staat und die Recht von religiösen Minderheiten in der Türkei zu protestieren. Mit einer Klage beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg haben die Aleviten bereits die Befreiung ihrer Kinder vom sunnitischen Religionsunterricht an den staatlichen Schulen bewirken können. Auf ihrer Kundgebung hatten sie Erdogan und der islamisch-konservativen AKP vorgeworfen, „die Türkei in einen "reaktionären" Staat zu verwandeln, der auf den Glauben und die Identität seiner Minderheiten keine Rücksicht nehme.“ An der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg wurde im Wintersemester 2014/2015 die weltweit erste Juniorprofessur für das Alevitentum eingerichtet.²

¹www.alevitentum.de/Alevitentum/13Alevi/23Alevi/23alevi.html

²alevi.com

Die Rede des Bundespräsidenten auf dem Pariser Platz in Berlin

Anlässlich der Mahnwache und Kundgebung „Zusammenstehen – Gesicht zeigen“ hielt Bundespräsident Gauck am 10. Februar 2015 auf dem Pariser Platz in Berlin die folgende Rede:

“Liebe Freunde der Demokratie und der Freiheit! Wir haben uns versammelt im Namen der Solidarität. Und wir haben uns versammelt, um zu bekräftigen, was Einigkeit und Recht und Freiheit für uns bedeuten. Die Bluttaten von Paris waren ein Anschlag auf das freie Wort, auf die pluralistische Gesellschaft, auf das Recht auf Leben. Journalisten mussten sterben, weil sie ihre Meinung vertraten. Juden mussten sterben, weil sie Juden waren. Polizisten mussten sterben, weil sie das Gesetz ihres Landes verteidigten. Die Attentate haben gezeigt, wie verwundbar die offene Gesellschaft ist. Aber sie haben auch bewirkt, dass wir uns neu besinnen. Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt. Am Sonntag waren es die Franzosen, die sich in Paris der Werte ihrer Republik vergewissert haben. Und gestern,

heute, morgen sind wir es, hier in Berlin und in anderen deutschen Städten. Der Terror ist international, aber das Bündnis der Freien und Friedfertigen ist es erst recht. Die Welt rückt zusammen. Denn die Freiheit und die Menschenrechte sind nicht nur französisch oder deutsch oder europäisch, sie sind nicht nur westlich. Sie sind universell. Entscheidend sind nicht Herkunft, Hautfarbe oder Glaube. Die Freiheit, das Recht auf Leben, die Menschenrechte, sie gehören jedem Menschen. Egal, wo er geboren wurde. Egal, wo er lebt. Unser Gegenentwurf zum Fundamentalismus der islamistischen Gewalttäter heißt: Demokratie, Achtung des Rechts, Respekt voreinander, Wahrung der Menschenwürde. Das ist unsere Lebensform! Sehr geehrter Herr Mazyek, ich danke Ihnen, ich danke den muslimischen Gemeinschaften

und allen Muslimen, die hier und heute sagen: “Terror, nicht in unserem Namen!” Das ist ein patriotisches “Ja” zu dem Land, in dem wir gemeinsam leben – zu unserem Land! Sie sind gekommen, um ein Zeichen zu setzen. Sie wollen, wie wir alle, die Verführer entlarven und die Verführbaren gewinnen. Sie wollen, wie wir alle, diesen Staat und die Freiheit seiner Bürger schützen. Denn die übergroße Mehrheit der Muslime fühlt sich unserer offenen Gesellschaft zugehörig, schätzt ihre Möglichkeiten und ihre Werte. Und ist bereit, dafür einzutreten. Deutschland ist durch Einwanderung vielfältiger geworden – religiös, kulturell und mental. Diese Vielfalt gehört zu dem, was unser Land erfolgreich, interessant und liebenswert macht. Die offene Gesellschaft bezieht ihre Stärke gerade auch aus ihren Unterschieden. Das gilt solange, wie wir unsere Ansichten friedlich und in Respekt vor dem Nächsten zum Ausdruck bringen. Wir wollen aber nicht übersehen und nicht beschönigen: Es gibt in unserem Land manches, das uns Sorgen macht. Die Feindbilder und Konflikte im Nahen Osten wirken bis auf unsere Straßen. Zu Fremdenfeindlichkeit, die wir seit langem kennen, sind fundamentalistische Strömungen getreten. Hunderte junger Männer aus Deutschland haben sich sogar dazu verleiten lassen, in einem fremden Land gegen unschuldige Menschen in den Krieg zu ziehen – angeblich im Namen des Islam. Was für ein Missbrauch! Was für eine Pervertierung von Religion! Was ich zu Beginn meiner Präsidentschaft den Rechtsextremen zugerufen habe, rufe ich auch diesen Fanatikern und Terroristen zu: Wir schenken Euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn. Wir stehen zu unserem Land und seinen Werten. Auch deshalb stehen wir entschlossen gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit. Es hat Anschläge auf Moscheen gegeben, darunter Brandattentate. Es ist nicht allein Sache der Muslime, dem zu wehren, es ist unser aller Sache. Und noch etwas muss angesprochen werden: Auf den Straßen waren jüngst auch neue antisemitische Parolen zu hören – importierte Parolen. Parolen, die wir in diesem Land nie